

19.12.2024

ANTRAG

der Abgeordneten Sommer, Hauer, Weninger und Mag. Hofer-Gruber
gemäß § 34 LGO 2001

betreffend **Neue Perspektiven für eine nachhaltige Integration in den
Arbeitsmarkt: Bedarfsorientierte Arbeitsstiftung für Niederösterreich**
zu dem Antrag Ltg.-609/XX-2024

Nachdem die Möbelkette Kika/Leiner ihren Mitte November eingebrachten Sanierungsplan zurückgezogen und Konkurs angemeldet hat, werden am Ende des Verwertungsprozesses die noch bestehenden Filialen geschlossen und rund 550 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Niederösterreich ihren Arbeitsplatz verlieren. Jetzt geht es darum, den Betroffenen rasche Unterstützung zukommen zu lassen und eine Perspektive zu bieten. So werden etwa aufgrund intensiver Bemühungen aller Beteiligten bereits seit letzter Woche die ausstehenden Gehälter samt anteiligem Weihnachtsgeld vom staatlichen Insolvenzentgeltfonds an die Beschäftigten der Möbelkette ausbezahlt.

Auch das Arbeitsmarktservice Niederösterreich (AMS NÖ) steht den Betroffenen unterstützend und beratend zur Seite. An erster Stelle steht dabei die rasche Wiederbeschäftigung der Betroffenen. Dazu ist es zweckmäßig, Angebot und Nachfrage auf dem niederösterreichischen Stellenmarkt direkt über entsprechende Jobplattformen unter Koordinierung des AMS NÖ zusammenzuschließen.

Für jene Personen, für die ein nahtloser Arbeitsplatzwechsel nicht so rasch möglich ist, bietet das AMS NÖ, auch in Zusammenarbeit mit dem Land Niederösterreich, darüber hinaus zahlreiche Förderinstrumente zur Aus- und Weiterbildung arbeitssuchender Personen wie etwa die arbeitsplatznahe Qualifizierung „AQUA“ oder die Beschäftigungsinitiative 2025 Niederösterreich, bei der Unternehmen, die Personen über 50 Jahre einstellen, entsprechende Förderungen lukrieren können.

Aufgrund der aktuellen Situation auf dem niederösterreichischen Arbeitsmarkt wird eine Weiterbeschäftigung im Handelssektor - aber auch in anderen Sparten - unter Umständen nicht für alle Betroffenen möglich sein. Vor dem Hintergrund einer etwaigen schwachen wirtschaftlichen Entwicklung und möglicher Schwierigkeiten in der exportorientierten Industrie, sollte in einem weiteren Schritt eine bedarfsorientierte Arbeitsstiftung für Niederösterreich aufgesetzt und dafür entsprechende Vorbereitungen getroffen werden.

Die Einrichtung einer solchen Arbeitsstiftung eröffnet zahlreiche Möglichkeiten, Menschen gezielt und bedarfsorientiert weiterzuqualifizieren oder umzuschulen. Sie unterstützt dabei, individuelle Kompetenzen zu stärken und die berufliche Neuorientierung effizient zu gestalten. Dies erleichtert nicht nur den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt, sondern trägt auch dazu bei, dass eine Vermittlung nachhaltig und langfristig erfolgreich ist und dass auf aktuelle Entwicklungen des Arbeitsmarktes flexibel reagiert werden kann.

Darüber hinaus eröffnet die Einrichtung einer bedarfsorientierten Arbeitsstiftung aktuell und künftig betroffenen Beschäftigten in dieser schwierigen Zeit neue Perspektiven. Finanziert werden soll diese Art der Arbeitsstiftung für insolvente Unternehmen wie vorgesehen durch das Land Niederösterreich und das AMS NÖ. Dabei ist es essenziell, dass ebenso sorgfältig geprüft wird, welche Sparten und zukünftigen Herausforderungen sie adressieren soll. Ein weiterer zentraler Aspekt dieser Evaluierung sind die damit verbundenen Kosten, die umfassend berücksichtigt werden müssen. Ebenso gilt es, die Dauer ihrer Umsetzung fundiert und bedarfsorientiert festzulegen, um ihre Wirksamkeit und Nachhaltigkeit im höchstmöglichen Ausmaß sicherzustellen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

Antrag :

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, unter Berücksichtigung aller zur Verfügung stehenden Maßnahmen des AMS NÖ, die erforderlichen Schritte in die Wege zu leiten um eine bedarfsorientierte Arbeitsstiftung im Land Niederösterreich einzurichten. Die unterschiedlichen Schritte sollen in enger Kooperation zwischen dem Land Niederösterreich und dem AMS NÖ gesetzt werden.

2. Durch diesen Antrag gemäß § 34 LGO 2001 wird der Antrag Ltg.-609/XX-2024 miterledigt.“